empfiehlt er de lege ferenda eine Streichung der – seiner Ansicht nach – systemwidrigen Vorschrift in Art. 20 VO 883/2004 (S. 218). Bei einer ungeplanten Inanspruchnahme medizinisch notwendiger Gesundheitsdienstleistungen sei hingegen allein Art. 19 VO 883/2004 einschlägig, bei der ungeplanten Inanspruchnahme medizinisch nicht notwendiger Gesundheitsdienstleistungen allein der richtlinienrechtliche Anspruch (207f.).

In der nationalen Umsetzung (Kap. 4) hat Deutschland den grundfreiheitlichen Kostenerstattungsanspruch bereits 2004 in den §§ 13 Abs. 4–6 SGB V, 140e SGB V aufgenommen. Auch wenn der Autor die Umsetzung im Grundsatz als unionsrechtskonform ansieht, kritisiert er die Bestimmung des § 13 Abs. 4 S. 5 SGB V und den Verweis auf § 39 SGB V in § 13 Abs. 5 S. 1 SGB V als unionsrechtswidrig, da Abschläge vom Erstattungsbetrag zu einer Diskriminierung ausländischer Gesundheitsdienstleistungen führten. Auch kritisiert er, dass Krankenhausleistungen nach § 39 SGB V einem Vorabgenehmigungserfordernis unterliegen, selbst wenn eine Krankenhausübernachtung des Patienten, wie von der Richtlinie gefordert, nicht gegeben sei. Die Strukturprinzipien des deutschen Krankenversicherungsrechts, insbesondere Solidaritätsprinzip und Sachleistungsprinzip, sieht er hingegen durch die Richtlinie nicht gefährdet (S. 229ff.).

Die hier besprochene Arbeit stellt einen wertvollen Beitrag zu einem noch relativ jungen Rechtsakt dar. Er verortet die Richtlinie im unionsrechtlichen Regelungsgefüge und setzt sich dabei kritisch mit der grundfreiheitlichen Dogmatik des EuGH auseinander. Trotz der mobiler werdenden Gesellschaft erwartet der Autor (wohl zutreffend) keine enormen Zuwächse bei der grenzüberschreitenden Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen (S. 242), da diese schon aufgrund ihrer Natur in der Regel in einem erheblichen Maß regional verankert sind. Für Kleinststaaten und Grenzregionen mag sich dieses Bild jedoch zunehmend anders darstellen.

DOI: 10.1007/s00350-015-4103-2

Festschrift für Lothar Jaeger zum 75. Geburtstag.

Herausgegeben von Christian Huber, Dominique Jaeger und Jan Luckey. Verlag Luchterhand, Neuwied 2014, 483 S., geb., € 79,00

Eine Festschrift für einen seit 10 Jahren pensionierten Richter – das ist nicht alltäglich. Sie soll als „Zwischenwürdigung“ ein Abbild des Richters und Wissenschaftlers *Lothar Jaeger* zugleich sein (Vorwort der Herausgeber, S. VIII). Folgerichtig widmet sie sich seinen beiden Tätigkeitsschwerpunkten, nämlich dem Arzthaftungsrecht einerseits und dem Personenschadenrecht andererseits.

Eine Rezension lässt nicht den Raum, alle einzelnen Beiträge darzustellen oder gar inhaltlich zu würdigen. Hervorgehoben seien deshalb insbesondere die medizinrechtlichen Beiträge:

H.J. Ahrens befasst sich mit dem selbständigen Beweisverfahren in Arzthaftungssachen; er meint, trotz der Grundsatzentscheidung des BGH im Jahre 2003 leiste das OLG Köln „subtilen Widerstand“ (S. 3), den aufzugeben er fordert. *U. Brocks* untersucht die außergerichtliche Streiterledigung in Arzthaftungssachen am Beispiel der Schlichtungsstelle für Arzthaftpflichtfragen in Hannover; auch aus Sicht eines Patientenanwalts betont er die Verfahrens- und Ergebnisqualität dortiger Entscheidungen (S. 25).

Unter dem Titel „Die Strafbarkeit des Arztes im Spannungsfeld zwischen Selbstbestimmungsrecht, Heilaufrag und Schutz des ungeborenen Lebens“ setzt sich *D. Jaeger*, die Tochter des Jubilars, mit der Möglichkeit einer für das ungeborene Kind lebensnotwendig indizierten Sectio trotz fehlender Einwilligung der Schwangeren auseinander. Sie sieht einen Arzt als nicht berechtigt an, eine solche Sectio gegen den Willen der Mutter („zwangsweise“) vorzunehmen, und zwar selbst dann – auch unter dem Gesichtspunkt des § 34 StGB – nicht, wenn sich das ungeborene Kind in akuter Lebensgefahr befinde (S. 38f.).

Den Rechtsbeziehungen zwischen Patient und Proband im Rahmen einer Studie widmet sich *E.J. Kratz* (S. 43ff.).

Dass die Diskussion um die Bedeutung von Leitlinien in vollem Gange ist, belegt – einmal mehr – der Beitrag von *Ch. Katzenmeier*; er richtet den Fokus dabei auf die Multimorbidität in einer alternden Gesellschaft. Zu Recht führt er aus, dass die Abweichung von einer Leitlinie nicht „per se“ als Indiz für einen Behandlungsfehler zu bewerten sei. Wegen Missachtung der Besonderheiten des individuellen Patienten könne sogar umgekehrt die Befolgung einer Leitlinie einen Behandlungsfehler darstellen; gerade Multimorbidität und Polypharmazie gäben oft Grund für die Abweichung von bestehenden Leitlinien (S. 69).

H.-W. Laumen widmet sich dem „Anscheinsbeweis im Arzthaftungsrecht“ (S. 71ff.). Sorgfältig werden in dem Beitrag die einzelnen Gruppen aufgearbeitet, in denen sich die Rechtsprechung zum Arzthaftungsrecht bislang mit einem Anscheinsbeweis zu befassen hatte; *Laumen* prognostiziert, dass die Bedeutung des Anscheinsbeweises im Arzthaftungsrecht „noch weiter zurückgehen“ werde (S. 85).

Ein scheinbar immer aktueller werdendes Thema stellt die Insolvenz der Arztpraxis dar. Ihr widmet sich *H. Prütting* (S. 87ff.). Einen Schwerpunkt seiner Untersuchungen macht die Frage aus, welche Rechte vom Insolvenzbeschlag erfasst seien (S. 89ff.); ferner beleuchtet er die Fortführung der Arztpraxis in der Insolvenz (S. 92ff.). *R. Rosenberger* stellt die rechtlichen Konsequenzen einer mangelhaften ärztlichen Dokumentation im Lichte der §§ 630f, 630h Abs. 3 BGB dar. Kritisch setzt er sich mit der Auffassung auseinander, dass ein Dokumentationsmangel als solcher keine Haftung begründe; entgegen weit verbreiteter Auffassung könne die Verletzung der Dokumentationspflicht sich durchaus als eigenständiger Haftungsgrund erweisen. Zwar möge es sein, dass Hauptzweck der ärztlichen Dokumentation die auch im Gesetz (§ 620f Abs. 2 BGB) hervorgehobene Patientensicherheit sei; keineswegs könne das aber der einzige Zweck sein. Vielmehr sei auch „die ärztliche Rechenschaftspflicht gegenüber seinem Patienten“ hervorzuheben (S. 100). *Rosenberger* fordert jedenfalls auch für grobe Dokumentationsmängel, die eine Unaufklärbarkeit des Behandlungsgeschehens zur Folge hätten, über eine Beweislastumkehr nachzudenken (S. 104).

U. Smentkowski erläutert Diagnose- und Diagnostikfehler und ihre Folgen mit Fallbeispielen aus der Praxis einer ärztlichen Gutachterkommission (S. 105ff.).

Der – aus Sicht des Rezensenten – „spannendste“ Beitrag stammt von *A. Spickhoff*; er widmet sich einem Thema, das seit Langem von verschiedenen Seiten, kaum aber umfassend, angegangen wird, nämlich der Erstattungsfähigkeit von Dolmetschkosten bei medizinischer Behandlung. In seiner Untersuchung kommt er de lege lata zu dem Ergebnis, „dass nach der aktuellen, indes keineswegs zweifelsfreien Rechtspraxis weder gesetzlich noch privatversicherte Patienten von der gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung die Übernahme von Dolmetschkosten verlangen“ könnten. Lediglich im Bereich der Sozialhilfe bestehe eine entsprechende Übernahmeverpflichtung (S. 128). De lege ferenda fordert er, notwendige Dolmetschkosten in den Katalog von der GKV zu übernehmender Leistungen aufzunehmen (S. 131). Ein sehr lesenswerter Diskussionsbeitrag!

Ein mit Sicherheit das Arzthaftungsrecht in Zukunft befassendes Thema untersucht *G. Spindler*, wenn er sich den haftungsrelevanten Bereichen im Schnittfeld zwischen Medizin- und IT-Recht widmet. Hinter dem Titel verbirgt sich insbesondere die Frage der Haftung für den Inhalt medizinischer Datenbanken. Einleuchtend legt *Spindler* dar, dass „die modernen Expertendatenbanken“ grundlegende Fragen der Haftung für fehlerhafte Informationen „aufwürfen“, die nicht einfach mit dem überkommenen Produkt- und Vertragshaftungsrecht bewältigt werden könnten (S. 159). Auch dieser Beitrag betritt Neuland; auch hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen!

W. Wellner, Richter im VI. (Arzthaftungs-)Senat des BGH, untersucht die Aufklärungspflichten des Arztes nach dem Patientenrechtegesetz im Lichte der BGH-Rechtsprechung mit dem Ergebnis, dass sich durch das Patientenrechtegesetz „an dem bestehenden System der Aufklärungspflichten nach der jahrzehntelangen Rechtsprechung des BGH“ wenig geändert habe (S. 173).

Aus den dem allgemeinen Schadenersatzrecht gewidmeten Beiträgen seien für den Medizinrechtler die Beiträge von *O. Brand*, *P. Kuhn* und *H. Landolt*, die sich – jeweils mit verschiedenen Schwerpunkten – den Schockschäden und dem Angehörigenschmerzengeld widmen, hervorgehoben.

Das Buch ist rundum – eben auch in inhaltlicher Hinsicht – eine würdige Geburtstagsgabe für den Jubilar. Wer sich mit haftungsrechtlichen Fragestellungen – insbesondere im weiten Bereich des Medizinschadenhaftungsrechts – befasst, findet hier eine Fülle von Anregungen; insbesondere die Beiträge von *Rosenberger*, *Spickhoff* und *Spindler* werden auch die wissenschaftliche Diskussion vorantreiben!